

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

27.1.1925 (No. 22)

erweigert; aber die im Jahre 1922 schwierigen Kontrollmaßnahmen seien nach der Ruhrbesetzung unmöglich geworden, wofür er genaue Beweise geben könne. Es seien Beweise dafür erbracht, daß sogar in dem besetzten Gebiet, und zwar bei Strupp in Essen, Waffen hergestellt und nach dem nichtbesetzten Gebiete geschickt worden seien. Man müsse jedoch nicht den Eindruck hervorbringen, als ob Frankreich die Kontrolle als unmöglich betrachte, man müsse im Gegenteil alles daran setzen, die Kontrolle auszubilden. Es gebe allerdings, was Frankreich in dieser Hinsicht Deutschland zugehen könne und müsse.

Franklin Drouillon erklärte hierauf, es sei notwendig, daß Frankreich in den Vereinigten Staaten seinen Friedenswillen und den Kriegswillen Deutschlands (1) beweise, und zwar durch Veröffentlichung aller aufklärenden Dokumente.

In der Nachmittagsitzung erinnerte Herrist daran, daß man auf der Konferenz von Boulogne Deutschland gestattete, seine Polizei um 50 000 Mann zu erhöhen. Er erklärte, diese Unvorsichtigkeit sei die Quelle der Schwierigkeiten geworden, auf die man später gestoßen sei. Der Abg. Fabry sprach dann über den Geisteszustand, der gegenwärtig in Deutschland herrsche und der ihn sehr beunruhige. Er erklärte, die Befestigung des Rheins sei das einzige Mittel, das Frankreich übrig bleibe, um wenigstens eine relative Sicherheit Frankreichs zu gewährleisten.

Aus dem bayerischen Landtag

Im Staatshaushaltsausschuß des Bayerischen Landtages stellte bei der Beratung des Haushalts des Handelsministeriums Dr. von Meinel mit, daß die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Ländern über die Aufstellung von Richtlinien für die Aufnahme von Auslandskrediten durch die Länder zu einer Einigung geführt hätten. Es sei damit zu rechnen, daß die dazu notwendigen Verordnungen, die am 31. Januar ablaufen, nicht mehr erneuert werden.

Weiter teilte der Minister mit, daß zurzeit mit Berlin darüber verhandelt würde, die Deutschen Werke in Amberg, Ingolstadt und München auf eine andere Grundlage zu stellen. Weiter gab der Handelsminister eine Erklärung zu den Postkrediten für die besetzten Gebiete ab, worin er u. a. darauf verwies, daß die bayerische Regierung sich in Berlin lebhaft nach dem Stand der Angelegenheit erkundigte. Nachdem Zweifel über die Verwendung der zweimillionen Kredite aufgetaucht seien, seien sofort die zwei Millionen Mark an die Gruppe Bayern zurückgegeben worden, so daß eine Saldierung der bayerischen Wirtschaft nicht eingetreten sei. Es müsse ausdrücklich festgestellt werden, daß zwischen diesen Krediten von zwei Millionen Mark und den Grundstückskaufen der Post in Ludwigshafen keinerlei Zusammenhang bestehe. Die Firma Wagner in Ludwigshafen habe seinerzeit durch eine Devisen einen Kredit von 200 000 Mark erhalten, und zwar aus Mitteln, die dieser Bank vom Reichspostministerium in Berlin aus Postgeldern überlassen wurden. Die Post sei bei diesen Krediten nicht beteiligt gewesen. Im übrigen betonte der Minister, daß die Entscheidung den Gerichten zu überlassen sei. Dabei werde auch zur Sprache kommen, wofür das Geld aus München geflossen sei.

Weitere Sparmaßnahmen in Oesterreich

Im Zuge der Ersparnismaßnahmen, die das Genfer Diktat Oesterreich auferlegt, wird jetzt auch an einen Abbau der österreichischen Landesregierungen geschritten. Die Bundesrepublik Oesterreich besteht aus neun Bundesländern, von denen jedes einzelne eine eigene Landesregierung besitzt. Insgesamt fungieren als Regierende in den österreichischen Bundesländern 26 Landespräsidenten und Landespräsidentinnen, 65 Landesräte und 490 Landtagsabgeordnete. Demnächst wird dem Oberösterreichischen und dem Tiroler Landtag ein Antrag zugehen, die Zahl der Landtagsabgeordneten um je ein Drittel zu erniedrigen.

Der österreichische Ministerrat beschloß, daß die seinerzeit errichtete Ersparnis-Kommission, welche aus acht Funktionären besteht, nunmehr wieder in Wirksamkeit treten soll. Eine der Hauptaufgaben der Ersparnis-Kommission wird sein, die Einhaltung der Amtsstunden zu überwachen.

Rißhelligkeiten zwischen der Türkei und den Balkanstaaten

Aus Konstantinopel, Anfang Januar, wird uns geschrieben: Während das Verhältnis der Türkei zu Rußland sich wieder gebessert hat, ist die Stimmung gegen die Balkanstaaten, insbesondere gegen Griechenland und Jugoslawien recht unfreundlich.

Gegen Griechenland hat man zurzeit drei Beschwerden: 1. Ist man erbittert über die, wie hier wenigstens behauptet wird, unerträgliche Lage der Türken in Westthracien und fordert, daß endlich Repräsentanten gegen die Griechen in Konstantinopel ergriffen werden sollen; 2. auch die offiziöse Zeitung „Djumhür“ diese Forderung erhebt, ist es wohl möglich, daß das türkische Ministerium unter Berufung auf die Volksmeinung diesem Wunsch entsprechen wird; 3. sind wirtschaftliche türkische Kreise besorgt, weil überall im Rahmen

Badisches Landestheater. Städtisches Konzerthaus. Es ist mit freudigem Dank zu begrüßen, daß die Theaterleitung dieses unverwundlichen historischen Lustspiel „Das Glas Wasser“ wieder dem Spielplan eingefügt hat. Doch hätte ich mir die Aufführung regimäßig etwas anders, und zwar einheitlicher und wirkungsvoller gewünscht. Das künstlerische Erlebnis des Abends war das Spiel der drei Frauen in diesem Stücke: der Königin Anna von England (Midi Scheinflug), der Herzogin von Marlborough (Melanie Ermarth) und der Abigail (Ganß Rasse). Alle drei setzten ihre darstellerische Begabung, die sich vor allem in der Deutlichkeit seiner Nuancen offenbarte, mit einer solchen Nachdrücklichkeit ein, daß der Erfolg des Abends schon nach dem zweiten Akt entschieden war. Eine besondere Überraschung bot das Spiel Frei Scheinflug. Man hat diese Künstlerin bisher nur in ersten Stücken gesehen, und allerdings auch dort ihr starkes Talent zu bewundern gehabt. Hier bewies sie nun auch eine ganz eminente Befähigung für das Lustspielfach. Und die Theaterleitung wird sich die Ausnutzung dieser Qualitäten sicherlich nicht entgehen lassen. Das Publikum nahm das Stück und das Spiel der drei weiblichen Darsteller mit lebhaftem Beifall auf.

Landestheater. Liebfrauenmilch. Ein Spiel um die Ehe, in vier Stationen von Heinrich Igenstein, dessen bisherige Aufführungen sich einer immer wachsenden Besucherzahl erfreuten, gelangt im Landestheater am Mittwoch, den 28. Januar, zur Wiederholung. Die dritte Aufführung des neuentstehenden historischen Schauspiel „König Richard der Dritte“ von Shakespeare erfolgt am Freitag, den 30. Januar. — Mit Frank Wedekinds Grotteske „Liebestrauß“, die am Samstag, den 31. Januar, als dreizehnte Erstaufführung dieser Spielzeit in Szene geht, erscheint nunmehr ein fünftes Werk des immer noch viel umkämpften Dichters auf unserer Landesbühne. — Im Konzerthaus wird am Sonntag, den 1. Februar das neuentstehende Lustspiel „Das Glas Wasser“ von A. Eugène Scibe überführt und bearbeitet von Otto Staudenmann-Darmstadt zum erstenmal wiederholt. — Fräulein Walle Franz wurde für die kommende Spielzeit wieder verpflichtet.

Orient der türkische Handel mehr und mehr durch den griechischen zurückgedrängt werde, 3. findet der alte Dsch gegen die Griechen neue Nahrung durch die Auffindung von Dokumenten im griechischen Patriarchat, aus denen die Verbindung des Patriarchats mit fremden Mächten, insbesondere der englischen, französischen und italienischen hervorgehen soll.

Gegen Jugoslawien nehmen die hier mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Vorgänge in Albanien ein. Man erblickt in der albanischen Revolution den Ausbruch jugoslawischer Machenschaften. So wirft „Cozette“ den Serben vor, daß sie die österreichische Balkanpolitik fortsetzen, nur, wie das Blatt boshaft bemerkt, mit der in Unterchied, daß ihnen die Machtmittel und die zivilisatorische Überlegenheit der ehemaligen Habsburgischen Monarchie fehlten. Der „Sun-Telegraph“ unterstellt den Südslaven die Absicht, Albanien zu annektieren, was einen neuen Balkanbrand zur Folge haben würde.

Zu diesem Grunde der Mißstimmung gegen Jugoslawien tritt noch hinzu, daß, wie es heißt, die von dem hiesigen — inzwischen verstorbenen — jugoslawischen Vertreter persönlich seiner Regierung übermittelten Wünsche der türkischen Regierung hinsichtlich eines zum Ersatz für die von Jugoslawien abgelehnte Ratifikation des Friedens von Lausanne abzuschließenden Vertrages die Zustimmung der Belgrader Regierung nicht gefunden haben.

Die Entschlebung des Reichsparteivorstandes des Zentrums, die wir bereits gestern mitteilen, hat folgenden Wortlaut: „Der im Reichstag verammelte Reichsparteivorstand des Zentrums, sowie die Vorsitzenden der Landes- und Provinzialverbände und Generalsekretäre der Partei billigen die vom Vorsitzenden des Zentrums am 20. Januar abgegebene Erklärung zur Bildung des Kabinetts Luther. Entsprechend dieser Erklärung ist die Verammlung davon überzeugt, daß die Zentrumsfraktion des Reichstags und ihre Vertreter in der neuen Regierung an den Grundfragen und an der bisherigen politischen Linie des Zentrums unerschütterlich festhalten wird.“

Der Antisemitismus im Deutsch-österreichischen Alpenverein. Die Sektion München des Deutsch-österreichischen Alpenvereins beschloß, künftig Juden als Mitglieder nicht mehr aufzunehmen. Aus diesem Anlaß erklärten nacheinander über 80 jüdische Mitglieder der Sektion München gemeinsam ihren Austritt aus derselben. — Die durch die letzte Hauptversammlung des Deutsch-österreichischen Alpenvereins ausgeschlossene Wiener Sektion Donauland berief eine Vollversammlung ein, auf deren Tagesordnung u. a. steht: Überleitung der Sektion zu einem selbständigen Verein unter dem Namen: „Alpenverein Donauland“.

Aberfall auf deutsche Abgeordnete in Südbanien. Berliner Mütter melden aus Belgrad, daß der Abgeordnete und Obmann der Partei der südbanischen Deutschen Dr. Kraft sowie die Abgeordneten Engel und Gersl in Konjard, wo sie in einem Automobil eingetroffen waren, von Mitgliedern der Jugendorganisation der radikalen Partei ernstlich angegriffen und mit Steinen blutig geschlagen worden sind. Kraft wurde am Kopf schwer verletzt. Seine Verwundungen sollen lebensgefährlich sein. Die beiden anderen deutschen Abgeordneten erlitten leichtere Verletzungen. Der Abg. der deutschen Partei Dr. Läufer richtete einen scharfen Protest wegen des Aberfalls an den südbanischen Innenminister.

Die Präsidentenwahl in Finnland. Das Ergebnis der Wahlmännerwahlen für die Präsidentenwahl liegt nunmehr fertig vor. Von den gewählten 300 Wahlmännern gehören 89 der Bauernpartei, 68 der finnischen Sammlungspartei, 35 der schwedischen Volkspartei, 33 der finnischen Fortschrittspartei, 79 den Sozialdemokraten und 18 den Kommunisten an. Im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen ergaben die Wahlmännerwahlen Verluste für die Sozialdemokraten u. Kommunisten. Die Präsidentenwahl findet am 16. Februar statt. Am 1. März tritt der neugewählte Reichspräsident sein Amt an.

Kurze Nachrichten

Der Präsident der Österreichischen Nationalbank, Reich, begibt sich nach Berlin, wo er mit dem Präsidenten der Reichsbank, Dr. Schacht, eine Aussprache haben wird.

Der frühere Abg. Tziels. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist der frühere langjährige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Tziels in Halle im Alter von 72 Jahren gestorben. Tziels war Vorsitzender des Zentralverbandes der Invaliden und Rentner.

Der feige-prochene Oberland-Führer Dr. Weher hat nach einer Meldung aus München die Nachricht erhalten, daß er nach der Festung Landsberg nicht mehr zurückzukehren brauche. Damit ist auch bei dem Letzten der Beurteilten im Hitler-Prozess die Bewährungsfrist eingetreten.

Zusammenstöße in Sachsen. In Pirna in Sachsen kam es am Sonntag bei einer Fahnenweihe des Stahlhelms und Vertreters zu ernsthaften Zusammenstößen zwischen den Teilnehmern an der Veranstaltung und Kommunisten, wobei ungefähr 17 Personen verletzt wurden, unter anderem auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Adelt. Erst das Eingreifen der Polizei stellte die Ordnung wieder her.

Der frühere Abgeordnete Seyda. In Warschau verschied an den Folgen einer Blinddarmentzündung der Wigamerschall des polnischen Landtags, Sigmund Seyda. Der Verstorbenen war gebürtiger Pole und gehörte von 1903 bis 1918 dem preussischen Landtag an.

Kuropatkin. Der frühere General Kuropatkin, der höchstkommandierende im russisch-japanischen Krieg, ist in Schemtschurin im Gouvernement Pskow, im 80. Lebensjahr gestorben.

Der Italiener in Bogen. Die römische „Tribuna“ meldet aus Bogen, daß sich die italienische Bevölkerung gegen eine Vereinigung von Bogen und Griech ausgesprochen habe, weil dann bei den Gemeinbewohnern die 7000 Deutschen von Griech die deutsche Minderheit derartig verdrängt würden, daß es den Italienern unmöglich wäre, eine Minoritätsvertretung zu erlangen. Man glaubt daher, daß die Regierung die Vereinigung verschoben werde.

Wahlreform in Japan. Sabas meldet aus Tokio, daß Ministerpräsident Kato vor dem Parlament erklärt habe, die Regierung werde im Laufe der gegenwärtigen Session einen Gesetzentwurf einbringen, der das allgemeine Wahlrecht für die Wahl zur zweiten Kammer vorsehe. Man werde eine Untersuchung darüber anstellen, inwiefern eine Veränderung des Wahlmodus zur ersten Kammer in Erwägung gezogen werden könne.

Die Vorgänge in Chile. Aus Santiago de Chile wird gemeldet: Dem früheren chilenischen Gesandten in London, Augustin Edward, ist es gelungen, die seit Ausbruch der revolutionären Bewegung am letzten Freitag aus seiner Heimat und Marine entlassenen Gegenständlichkeiten beizulegen und eine Formel zu finden, die von beiden Seiten angenommen wurde. Die neue Regierung ist gebildet. Sie besteht aus einem Admiral, einem General und einem Zivilisten. Die verfassunggebende Versammlung wurde einberufen.

Sun-Pat-Sen schwer erkrankt. Nach einer Neutermeldung aus Peking begab sich Sun-Pat-Sen in das Krankenhaus. Er muß sich unverzüglich einer Operation wegen eines Leberabzesses unterziehen. Sein Zustand ist bedenklich.

Badischer Teil

Wohnungsnot und Wohnungsneubau in Baden

III.

Grundzüge für Baukostenbeihilfen und erforderliche Geldmittel

Die Grundzüge über die in Baden gewährten Baukostenbeihilfen haben sich seit 1919 wiederholt geändert. Im Jahre 1924 wurden die Beihilfen als wertbeständige, hypothekarisch gesicherte Darlehen gewährt, die vorerst mit 3 v. H. zu verzinsen und mit mindestens 3 v. H. unter Zuwachs der ersparten Zinsen zu tilgen, spätestens aber nach Ablauf von 10 Jahren zurückzahlen sind. Die Höhe des Darlehens darf $\frac{1}{3}$ der Baukosten und im allgemeinen den Betrag von 3000 Goldmark für eine Wohnung nicht übersteigen; ausnahmsweise kann es in besonderen Fällen bis auf 5000 Mark für eine Wohnung erhöht werden. In der Praxis hat sich, namentlich in den Städten, vielfach eine weitere Erhöhung als nötig erwiesen. Der Bauherr muß sich in der Verfügung über das Grundstück gewissen Beschränkungen unterwerfen und muß bei einem Verkauf dem Käufer die übernommenen Verpflichtungen auferlegen. Zur Sicherung des Darlehens ist auf dem Baugrundstück an bereiteter Stelle, d. h. im Rang unmittelbar hinter den zur Zeit der Bewilligung des Darlehens eingetragenen Belastungen, zugunsten der Gemeinde (des Wohnungsverbands) eine wertbeständige Sicherungshypothek in Höhe des Goldmarkwertes des Baudarlehens zu bestellen.

Nach den bisher gemachten Erfahrungen muß man im Jahre 1925 für die Wohnung voraussichtlich mit einem Baudarlehen von durchschnittlich 4000 Goldmark rechnen; in den Randbezirken werden die Darlehen meist erheblich niedriger sein können, in den Städten werden sie wesentlich höher sein müssen. Wenn 7000 Wohnungen diese Darlehen erhalten sollen, so sind jährlich 28 Millionen Goldmark notwendig.

Aufbringung der Mittel durch Erhöhung der Gebäude-fondersteuer

Eine Möglichkeit zur Aufbringung eines derartig hohen Betrags bietet die Erhöhung der Gebäude-fondersteuer (Mietzinssteuer). Bei den meisten anderen größeren deutschen Staaten ist bereits jetzt sowohl die Mietzinssteuer als auch der Anteil für die Förderung des Wohnungsbaues höher als in Baden. Nach dem Stand vom November 1924 betrug, in Hundertteilen der Friedensmiete ausgedrückt:

Land	Mietzinssteuer	Anteil für Förderung des Wohnungsbaues
Preußen	22	10
Bayern	25	6
Sachsen	27	10
Württemberg	10,5	1,5
Baden	16	4
Hessen	25	2,4
Thüringen	20	5-5 $\frac{1}{2}$

Manche Staaten, wie Württemberg, machen für den Wohnungsbaubau noch erhebliche Aufwendungen aus sonstigen Steuermitteln.

Bei der Erhöhung der Miete von 65 auf 75 v. H. ab 1. November 1924 wurde ausdrücklich vorbehalten, von der Mieteerhöhung von 10 v. H. einen Teil im Wege der Erhöhung der Gebäude-fondersteuer wegzusteuern. Im Jahre 1925 wird die Miete dem Friedensfuß noch weiterhin nähergebracht werden müssen, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, einen erheblichen Teil davon für die Erhöhung der Gebäude-fondersteuer zu verwenden.

Die Vereinstellung von jährlich 28 Millionen Goldmark für die Förderung des Wohnungsbaues macht die Erhebung einer Gebäude-fondersteuer von 1,32 M. von 100 M. Steuerwert notwendig. Das gebäude-fondersteuerpflichtige Kapital beträgt 3,6 Milliarden Mark, der Bruttoertrag der Steuer wäre alsdann 47 520 000 M. Von dem Bruttoertrag der Steuer werden abzuziehen sein für Ermäßigungen und Befreiungen einschl. Hypothekenzinsen 20 v. H. 9 504 000 G.M., für Ermäßigungen nach § 28 Abs. 4 und 5 der dritten Steuernotverordnung 9 504 000 Goldmark zusammen 19 008 000 G.M. Der Reinertrag der Steuer beläuft sich auf 28 512 000 G.M.

Durchführung der Erhöhung von Miete und Gebäude-fondersteuer

Die Erhöhung der Steuer muß der allgemeinen Steigerung der Mieten angepaßt werden, und diese kann, da Baden nicht gut allein für sich vorgehen kann, nur im Einklang mit dem Vorgehen der anderen Länder erfolgen. Die Erhöhung der Miete und der Gebäude-fondersteuer könnte sich etwa in folgender Weise gestalten, wobei als Friedensmiete 6 v. H. des Steuerwertes angenommen ist, und also 1 v. H. der Friedensmiete einer Steuer von 6 Pfennigen von 100 Mark Steuerkapital entspricht:

am	Gesamt- miete b. d. d. S.-M.	Gebäudebesondersteuer		
		im ganzen b. d. d. S.-M.	Für Wohnungsbau b. d. d. S.-M.	9 v. 100 St.-B.
1. 11. 24	75	16	4	24
1. 1. 25	75	20	8	48
1. 4. 25	86	26	14	84
1. 7. 25	100	34	22	132

Aufbringung der Mittel bei Wegfall der Gebäudebesondersteuer

Nach § 32 der dritten Steuernotverordnung und § 15 des Gebäudebesondersteuergesetzes ist die Erhebung der Gebäudebesondersteuer nur bis zum 31. März 1926 vorgesehen. Fällt diese Steuer fort, oder sollte sich der Landtag dazu entschließen, die aus Anlaß der Erhöhung der Mietzinsätze zu empfindende Erhöhung der Steuer nicht zu akzeptieren, dann müßten die für die Förderung des Wohnungsbaues notwendigen Beträge aus sonstigen Landesmitteln aufgebracht werden. In Betracht käme vor allem die Zinsanspruchnahme der Grund- und Gewerbesteuer, vielleicht auch der Einkommensteuer, wenn nicht andere Einnahmen des Landes, etwa solche aus dem Holzverkauf für Bauzwecke verwendet werden wollen. Bei der bevorstehenden Neuordnung des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden dürfte es Gelegenheit geben, zu dieser Frage entscheidend Stellung zu nehmen.

Freie Wirtschaft und Bautätigkeit

Die durch den Krieg in Deutschland — wie in anderen Staaten — notwendig gewordenen staatlichen Eingriffe in das Wohnungswesen sind von der Bevölkerung teilweise als Wohltat, teilweise als Plage empfunden worden. Die Vertreter der letzteren Auffassung brachten in der Öffentlichkeit ihre Klagen stets geräuschvoller vor, sie machten die staatlichen Maßnahmen für die vorhandene Wohnungsnot verantwortlich, und sie fordern immer lauter die Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und behaupten, bei freier Wirtschaft würde durch eine ungehemmte Entwicklung der Bautätigkeit die Wohnungsnot rasch überwunden werden. Als Zwangswirtschaft im Wohnungswesen bezeichnet man die Regelung der Miethöhe, die Einschränkung des freien Kündigungrechts und die behördliche Mitwirkung bei Verfügung über Wohnraum. Bei Aufhebung dieser Vorschriften würde die Miete sofort stark steigen, scharfe Lohnkämpfe und eine unabweisbare Beunruhigung der Wirtschaft wären unvermeidbar. Die finanziell Leistungsfähigen könnten den Übergang ertragen, die Leistungsschwachen würden dem schlimmsten Wohnungseld preisgegeben werden. Als Vorteil der Mietsteigerung könnte annehmen werden, daß mancher in seinem Wohnraum sich mehr einschränken würde, aber der Gewinn an neuen Wohnungen wäre wohl nicht allzu groß.

Die erhoffte Belebung der Bautätigkeit in dem für die Beseitigung der Wohnungsnot erforderlichen großen Umfang würde aber auch bei Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht eintreten. Zunächst sind die Baukosten immer noch schwankend; dies erschwert die zuverlässige Berechnung über ihre Höhe und die Rentabilität eines Baues. Infolge der allgemeinen Verarmung fehlt es in Deutschland an dem nötigen Baukapital. In welchem Umfang Auslandskredite zu erhalten sind, ist noch unsicher; sie würden sich auch in erster Reihe lohnenderen Anlagen als dem Wohnungsbau zuwenden. Die gegenüber den Friedenspreisen gesteigerten Baukosten und Kapitalzinsen bedingen, wie oben dargelegt, zur Erzielung einer angemessenen Rente eine hohe Friedensmiete. Eine derartige Miete kann heute von den weitesten Bevölkerungskreisen, vor allem den Arbeitern, nicht bezahlt werden. Eine entsprechende Erhöhung der Löhne ist im Interesse der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland ausgeschlossen, da in den übrigen Staaten die Mieten erheblich niedriger sind. Die Einführung der freien Miete würde nur einem beschränkten Personenkreis Vorteile bringen, dem weit größten Teil der Bevölkerung Nachteile, und die Bautätigkeit würde doch nicht in dem erforderlichen großen Umfang hervorgerufen werden.

Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen darf natürlich nicht zum Dauerzustand werden, das Ziel muß vielmehr die freie Wirtschaft sein. Eine freie Wirtschaft hat aber zur Voraussetzung, daß Angebot und Nachfrage je nach Bedarf un schwer geändert werden können. Bei der großen Spannung zwischen Angebot und Nachfrage und der Schwierigkeit der Deckung des Fehlbetrags im Angebot an Wohnungen sind heute die Voraussetzungen für eine freie Wirtschaft noch nicht gegeben. Die jetzt geforderten großen finanziellen Mittel würden den erstrebten Übergang zur freien Wirtschaft aber ganz wesentlich beschleunigen.

Die bevorstehende Volkszählung

Aber die im Juni d. J. bevorstehende Volkszählung wird mitgeteilt. Es steht eine reichhaltige Anzahl von Aufschluß, wie sie in fast allen Kulturstaaten wegen der vollkommenen Verschiebung aller wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den letzten Jahren schon durchgeführt worden ist. Durch diese Volkszählung soll dem für unsere ganze Politik und Verwaltung unerträglichem Mangel an statistischen Unterlagen aller Art abgeholfen werden. Mit der Volkszählung wird zum ersten Male seit 1907 voraussichtlich wieder eine Berufs- und Gewerbezählung, ferner eine Erhebung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe verbunden sein.

Aus den Parteien

Reichrat Dr. Schöfer, der Führer des badischen Zentrums, konnte, wie der „Bad. Beobachter“ mitteilt, den jüngsten Sitzungen des badischen Parlaments nicht beiwohnen, weil er sich in Freiburg einer Operation unterzogen hatte. Die Operation, die notwendig wurde, um ein schon länger bestehendes Leibel, das ihm zwar von der aktiven Teilnahme am politischen Leben nicht abhielt, aber ihm mancherlei Beschwerden bereite, zu beheben, ist glücklich verlaufen und Dr. Schöfer befindet sich in fortgeschrittener Genesung.

In Heidelberg tagte die in der Südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei zusammengeschlossenen Wahlkreise Hessen-Nassau, Hessen, Pfalz, Baden und Württemberg. Es wurde beschlossen, die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft auf den Wahlkreis Baden übergehen zu lassen. — Das Referat über die Reichspolitik, insbesondere die Regierungsbildung, erstattete Reichstagsabgeordneter Dr. Curtius. Betr. Reichspräsidentenwahl wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der der Parteivorstand ersucht wird, in der positiven Behandlung der Frage unverzüglich die Forderung zu übernehmen. — Hinsichtlich der Nichträumung der Kölner Zone wurde eine Entschließung angenommen, in der schärfster Protest gegen den Vertragsbruch erhoben wird. Aus den Erörterungen Rang — wie noch berichtet wird — als Grundstimmung, daß die Deutsche Volkspartei besonders dann, wenn die parlamentarische Politik eine Entwicklung mehr nach rechts anzeigt, verpflichtet bleibt, ihren liberalen Heberzeugungen zu leben. Der Liberalismus sei von links her mindestens eben so stark wie von ganz rechts her bedroht. Die nächsten Tagungen der Arbeitsgemeinschaft, deren Geschäftssitz nach Karlsruhe verlegt wurde, werden sich mit den Auswirkungen der Reichspolitik auf die Politik in der Arbeitsgemeinschaft zusammenschließenden Länder und mit dem Finanzausgleich beschäftigen.

Kommunale Rundschau

Vom Karlsruhe Rheinfelden. Die Stadtverwaltung hat etwa 18 000 Quadratmeter Gelände zu Lagerzwecken neu vermietet.

Der Stadtrat in Heidelberg hat bezüglich der Errichtung eines Flugverkehrs beschlossen, sich den Bedingungen der Stadt Mannheim anzuschließen und ist bereit, vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses einen Betrag von 25 000 Mark in Aktien der zu gründenden Gesellschaft zu übernehmen.

Der Stadtrat in Raßau beschloß in seiner letzten Sitzung, eine Motorstraßenwalze anzuschaffen, da bei der bisher üblichen gewöhnlichen Entleerung von Straßenmalen dem Bedarf nicht genügt werden konnte. Bei einem Wagenbetrieb im selberigen Umfang wird sich die städtische Motorwalze in sechs Jahren bezahlt machen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung guter Bahnen für die Gesundheit sollen Schiller und Schillerinnen der Volksschule durch einen Jahrsvertrag in regelmäßigen Zeitabständen auf den Zustand ihrer Hände untersucht werden. Den Eltern jahresweiser Besuche soll nahegelegt werden, eventuell Heilverfahren einzuleiten. Bei Unbeteiligten trägt die Stadt die Kosten hierfür.

Der Stadtrat Freiburg i. Br. sprach in seiner letzten Sitzung dem Direktor des pathologisch-anatomischen Instituts der Universität, Geheimrat Prof. Dr. A. Schöff, der erst vor kurzem von einer Weltreise aus den asiatischen Ländern zurückgekehrt ist, für eine Reihe von städtischen Sammlungen gestifteter Erinnerungstafeln, in der hauptsächlich Gebrauchsgegenstände des aussterbenden Volkes der Ainos (Arbevölkerung von Japan), seinen verbindlichsten Dank aus. — In Anbetracht der günstigen Entwicklung des Verkehrs wird für den Sommerfahrplan dieses Jahres die Einführung des fünfminütigen Betriebes auf der Straßenbahn als Provisorium in Aussicht genommen. Sollte das wirtschaftliche Ergebnis nicht befriedigen, so müßte im Herbst wieder zum 7½ Minuten-Betrieb zurückgekehrt werden.

Bürgermeisterwahl in Rheinfelden. Kürzlich fand in Rheinfelden eine Bürgermeisterwahl statt, wozu die Bürgermeister von Lörach (Oberbürgermeister), Schöpfheim, Schönau, Lohman, Mühlheim, Mandern, Kiengen, Kleinlaurenburg, Södingen und Rheinfelden erschienen waren; die Bürgermeister von Zell, Staufen, Waldshut und Sulzburg waren eschuldigt. Die Tagesordnung umfaßte u. a. die Beratungen über Gemeindefusionen, Kapitalaufnahmen durch die Gemeinden, Unterstützung der priv. Bautätigkeit, insbesondere aber wurde der in Vorbereitung stehende Entwurf des neuen Regiments- und Gewerbesteuergesetzes erörtert, welches wohl tief einschneidende Wirkungen auch für die Gemeinden mit sich führen wird. Zur Besprechung kam auch die Steuerpolitik der Gemeinden, und es waren sich alle Bürgermeister darüber klar, daß in Berücksichtigung der schwierigen Lage der gesamten Wirtschaft eine weise sparsame Steuerpolitik zur Durchführung kommen müsse, ohne daß dabei die Interessen der Gesamtgemeinde vernachlässigt und eine ungesunde Wirtschaft Platz greife. Bezüglich der Zuweisungen der Einkommensteueranteile durch das Finanzministerium wurde behauptet, den großen Städten fließen große Summen zu, während insbesondere die mittleren Städtgemeinden, an welche ganz besonders größere Aufgaben aller Art gestellt würden, mit verhältnismäßig, teilweise sehr geringen Beträgen bedacht werden. In dieser Sache wird beim Finanzministerium Vorstellung erfolgen.

Der Kreisrat Willingen bewilligte dem Realgymnasium in Willingen 4000 M. und der Realschule in Triberg 2000 M., weil beide Anstalten von auswärtigen Schülern besucht werden. Ebenso wurden den Fortbildungsschulen im Kreisgebiet und den Handelsschulen Donaueschingen, Triberg, St. Georgen und Willingen ein der Schülerzahl entsprechender Beitrag gewährt. — Der Kreisrat beschloß ferner, dem Caritasverband in Freiburg zur Erstellung eines Jugendberufshomes auf dem Feldberg 500 Mark zu überweisen.

Fortschritte im Sparwesen. Die Sparfähigkeit hat sich bei der Sparkasse Offenburg, wie die Jahresergebnisse beweisen, lebhaft entwickelt. An neuen Spareinlagen sind der Kasse über 6 000 000 Mark zugeflossen. Der Spareinlagenbestand belief sich am 31. Dezember 1924 bei 974 Sparern auf 496 400 Mark gegen 2700 Sparern zu Beginn des Jahres. Auch der Giroverkehr hatte eine erfreuliche Zunahme zu verzeichnen. — Bei der städtischen Sparkasse in Willingen haben die Spareinlagen und Scheckkontoguthaben 1 Million Mark bereits überschritten. Die Sparfähigkeit hat sich günstiger entwickelt als erwartet werden dürfte. Dadurch ist die Kasse in der Lage, den Forderungen für Kredite und für Darlehen wiederum zu ermäßigen, vorerst auf 14—15 Prozent.

Bürgermeisterwahl. Für die Bürgermeisterwahl Tiefenhausen die Gemeinden Frohnschwand, Heppenschwand, Oberwiesing, Unterwiesing, Neumühle und Tiefenhausen im Amt Waldshut umfaßt, wurde der bisherige Bürgermeister Johannes Trübke wiedergewählt.

Vom Feuerlöschwesen in Emmendingen. Eine beachtenswerte Verbesserung und Neuerung hat dieser Tage das hiesige Feuerlöschwesen erfahren, daß in dem Turm der evangelischen Stadtkirche eine elektrische Motorsirene eingebaut wurde. Bereits vor zwei Jahren war aus den Mitteln einer allgemeinen Sammlung unter der Einwohnerschaft und besonders auch durch Beiträge der Industriellen eine Motorsirene beschafft worden, nachdem das Feuerwehrtropf kurz vorher durch die Stadt mit einer zweiten Magirusleiter ausgerüstet worden war. Nunmehr dürfte das hiesige Feuerlöschwesen zu einer wirkungsvollen Bekämpfung eventuell ausbrechender Brände gut ausgerüstet sein.

Die Angelegenheit des Forstheimer Schauspielhauses steht unermüdet vor einer neuen Wendung, nachdem die Verhältnisse für abschbare Zeit gefestigt und das Theater gesichert ist. Wie der „Forstheimer Anzeiger“ erfährt, hat nämlich der Besitzer des Gebäudes, Robert Leicht, bei der Stadtverwaltung den Antrag gestellt, ihn aus seinem Vertrag über die Erhaltung des Theaters im Schauspielhaus auf 1. Mai zu entlassen, da er ein Abkommen mit einer Kinogesellschaft über anderweitige Vermietung der Räume getroffen habe. Ob die Stadt auf den Antrag, bei dem die Erstattung der städtischen Hypothek auch eine Rolle spielt, eingehen wird, läßt sich heute noch nicht sagen.

Aus der Landeshauptstadt

Die schienenlose Straßenbahn. Auf Veranlassung des Verkehrsvereins Karlsruhe fand am Montag eine Probefahrt des Büßling-Seckrab-Omnibusses statt, zu der Vertreter der verschiedenen städtischen und städtischen Behörden eingeladen worden waren. Der von den Büßlingwerken in Magdeburg hergestellte Wagen (mit vierhübrigen Motor, 55 PS und Verbrennungsmotor) erfüllte auf der durchs Mittel (Herrenalb), Wurgal (Gernsbach) und Dostal (Baden) vorgezeichneten Fahrt bei einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 40 Kilometer alle Anforderungen, die an ein schienenloses Erbsbeförderungsmittel der Straßenbahn und an ein betriebssicheres Fahrzeug zur Erweiterung des Vorortverkehrs sowie zur Hebung des Fremdenverkehrs heute gestellt werden müssen, in geradezu glänzender Weise. Selbst größere Steigungen und starkes Gefälle bereiteten dem schön und bequem eingerichteten Wagen, dessen Karosserie etwa 40 Personen Platz bietet, keinerlei Schwierigkeiten. Allgemein wurde das sanfte, fast geräuschlose Laufen des Wagens als eine große Annehmlichkeit empfunden. In der Tat scheint mit diesem Wagen ein Typ von ungewöhnlicher Leistungsfähigkeit und außerordentlicher Stabilität geschaffen. Die Vorzüge der Konstruktion, das lange, tiefhängende Fahrgestell, die Abfederung, die selbst bei schlechten Straßenverhältnissen jeden Stoß und jede unliebsame Erschütterung aufhebt, das Büßling-Getriebe, mit dem unter Umständen eine bedeutende Betriebsstoffparnis erzielt werden kann, die absolut sichere Bremswirkung treten so offen zu Tage, daß man nur wünschen kann, dies moderne Verkehrsmittel möge sich auch baldmöglichst bei uns einbürgern. Das große Interesse sowie die Befriedigung aller Teilnehmer über das einwandfreie Resultat der Probefahrt ließen erfreulicherweise erkennen, daß prinzipiell einer Entscheidung in diesem Sinn wohl kaum noch Bedenken im Wege stehen. Nach einer zweiten Probefahrt, die nächsten Freitag noch nach verschiedenen Orten der Pfalz (Landau, Neustadt) ausgeführt werden soll, werden voraussichtlich die großzügigen Pläne, die verkehrstechnisch mit einer Inbetriebnahme mehrerer solcher Wagen durch die Stadtverwaltung eng verbunden sind, eine konkrete Gestalt annehmen. Man denke dabei zunächst an eine ständige Omnibusverbindung mit der nahen Pfalz, aber auch an einen regelmäßigen Autobusverkehr mit allen den Vororten, die zurzeit unter besonders ungünstigen Verkehrsverhältnissen zu leiden haben.

Südwestdeutsches Sängerkfest des deutschen Arbeiterlängerbundes, Gau Baden. Das Sängerkfest des badischen Arbeiterlängerbundes wird unter dem Namen: „Südwestdeutsches Sängerkfest des Deutschen Arbeiterlängerbundes, Gau Baden“ am 4. und 5. Juli d. J. in Karlsruhe stattfinden. Neben den 160 badischen Arbeiterlängerbundvereinen werden als Gäste Vertreter der Pfalz und aus Württemberg erwartet.

Pflanzenbörse. Mit der 25. Hauptversammlung des Verbandes badischer Gartenbaubetriebe war wie bei allen vorangegangenen Tagungen eine Börse für Pflanzen und gärtnerische Bedarfsartikel verbunden, die sich eines regen Zuspruchs zu erfreuen hatte.

Der erste Schnee. Ueber Nacht ist nun doch noch Schneefall eingetreten, den man in diesem Winter müssen zu müssen man sich schon fast angewöhnt hatte. Seit heute früh fiel leichter Schnee, der freilich in den Straßen nicht liegen blieb.

Landestheater. Auf vielseitigen Wunsch auswärtiger Theaterfreunde und auswärtiger Schulen wird am Montag den 9. Februar eine Aufführung von Goethes Faust 1. Teil stattfinden, wobei der Beginn auf 6 Uhr festgesetzt ist. Damit wird den Auswärtigen der Besuch ermöglicht und ihre Heimkehr mit den letzten Abendzügen sichergestellt.

Kolosseum. Das Programm vom 16.—31. Januar darf in jeder Hinsicht als gut angesehen werden. Das „Duo Zahnetty“ bringt einen Balance- und Jahnkraft-Lustakt. „Bibbs-Bebbs“ humorvollen Ausführungen folgen eigene Tanzschöpfungen von Balletmeister Carl Grouberis „Mistofe-Ballett“ (1 Herr und 3 Damen). Schauspieler und Musiker „Billi Margwill“ ertel reichen Beifall. Es folgt „Mistofe“ ein Klusionist, der Humorist Franz Gravenhorst, der von seinem Dressur Carl Sundermann vorgeführte Scherzhund „Greiff“, Petersen und Petri, die sich als komische Kunsttadfabrer vorstellen.

Rätselhafter Haarwuchs

wurde in vielen Fällen nach Anwendung der Silvitin-Haarwuchs, selbst bei längst erfolgter Erklung, beobachtet. Da es wurden sogar Fälle bekannt, daß der Haarwuchs nicht nur wie beabsichtigt behoben wurde, sondern sich übermäßige Haarfälle danach einstellte. Diese rätselhafte Kraft ist nämlich in unserer eigenen Haar verborgen, das aufgelöst in der Silvitin-Haarwuchs auf die haararmen Stellen gebracht, dort eine überaus treibende Wirkung entfaltet.

Die Broschüre „Der Haarwuchs“ seine Erhaltung und Wiedergewinnung“, die Sonderabdruck wissenschaftlicher Abhandlungen von Prof. Dr. med. Friedenthal und Dr. Weidner erhalten Sie nebst einer Probe Silvitin-Shampoo zur schinenbeseitigenden Haarpflege kostenlos und portofrei. Ersuchen Sie auf einer Postkarte, unter Angabe Ihrer genauen Adresse, den Silvitin-Bertrieb G. m. b. H., Berlin S. W. 189, Alexandrinenstraße 26, um Zusendung der Silvitin-Schriften, worauf Sie alles kostenlos erhalten.

Künftig erhältlich: Karlsruhe: Hof-Apothek, Kaiserstr. 201, Internationale Apotheke, Kaiserstr. 80.

Pianohaus Lang Kaiserstraße 167¹ Salamanderschuhhaus Günstige Bedingungen

ermöglichen den Kauf eines erstklassigen Pianos oder Harmoniums Franklieferung.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 24. Jan. Von der Mannheimer Fleischerinnung wird die Errichtung eines Fleischer-Innungshauses geplant. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde das Projekt bei namentlicher, aber geheimer Abstimmung mit 85 Stimmen gegen 18 bei 8 Stimmenthaltungen genehmigt.

*** St. Blasien (Schwarzwald), 26. Jan.** Die Besucherzahl im Jahre 1924 betrug 7123 mit 174 606 Uebernachtungen, gegenüber 6113 Gäste im Jahre 1923.

*** Heidelberg, 21. Jan.** Das Heidelberger Tagblatt meldet: Die dienstpfechtliche Entscheidung des Landeskommissärs in Mannheim im Falle Böning ist, wie wir vernehmen, vom Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe anerkannt worden. Böning war wegen seiner Beteiligung an den Unruhen jugendlicher Erwerbsloser am 6. Dezember 1923 seines Amtes als Stadtrat entlassen worden. Der Karlsruher Spruch bedeutet die Bestätigung.

D3. Mosbach, 27. Jan. Nachdem am Mittwoch die katholische Kirchengemeindevertretung einstimmig ihre Zustimmung dazu gegeben, bei der kat. Pfälzer Kirchengemeinde ein Darlehen von 20 000 Mark aufzunehmen, wurde gestern der Kauf des 40,7 Ar großen Bauplatzes im Schloßgarten des Hotels Rint zur Erstellung eines Kirchenneubaus, Pfarrhauses und Schwesternhauses mit Kinderschule und Gemeindefaal rechtskräftig abgeschlossen.

D3. Offenburg, 24. Jan. Es wurde kürzlich bereits berichtet, daß die Kleinbauern von Egersweier bei Offenburg gegen die 80-100prozentige Erhöhung der Pachtpreise für die Felder der Domänen auf dem ehemaligen Offenburgener Exerzierplatz Einspruch erhoben haben. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Dieser Tage wurde der Gemeinde Egersweier mitgeteilt, daß die Domänenverwaltung sich nicht in der Lage sehe, die Preise zu ermäßigen. Den Bauern wurde der Rat gegeben, besser zu düngen, den Boden richtig zu kultivieren und die Bäume auszubilden, dann würden sie auch einen höheren Ertrag auf diesen schlechten Feldern haben. Insbesondere wurde noch betont, daß auch die Stadtgemeinde Offenburg einen Zuschlag von 80 bis 100 Prozent verlange.

D3. Kehl, 23. Jan. Auf den Nebenbahnen der Mittelbadischen Eisenbahn-A.G. tritt mit Wirkung vom 1. Februar ein neuer Tarif für den Eisenbahnverkehr in Kraft; derselbe enthält sowohl Ermäßigungen, als auch geringe Erhöhungen.

D3. Hochmimmigen, 24. Jan. (Brand). Am Freitag mittag brach in dem Hause des Schmiedemeisters Burtler Feuer aus, das jedoch, bevor es größeren Umfang annahm, noch rechtzeitig gelöscht werden konnte. Der Brand ist auf die alte Unsitte zurückzuführen, glimmende Asche auf dem blanken Holzboden aufzubewahren.

D3. Freiburg, 27. Jan. Wie erinnertlich fuhr am Morgen des 17. Oktober d. J. bei ziemlich starkem Nebel der von Mühlheim kommende Vorortzug von hinten auf den zur Abfahrt nach Karlsruhe bestimmten Schnellzug auf, wobei besonders der Speisewagen des Schnellzuges erheblich beschädigt wurde. Wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes stand nunmehr aus diesem Anlaß dieser Tage der 41jährige Lokomotivführer A. G. vor dem hiesigen Schöffengericht. Das Gutachten der Sachverständigen ging dahin, daß der Angeklagte zwei Bestimmungen der Dienstvorschriften für Lokomotivführer nicht genügend beachtet habe, nämlich, daß bei nebligem Wetter die Aufmerksamkeit zu verschärfen und daß bei der Einfahrt auf ein bestimmtes Gleis die Schnellheitsgeschwindigkeit herabzumindern sei. Unter Berücksichtigung der bisherigen guten Führung des Angeklagten und der unzulänglichen Raumverhältnisse im Freiburger Hauptbahnhof lautete das Urteil auf 10 W. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis. Als straferschwärend wurde ihm angerechnet, daß nach Meinung des Gerichts bei rechtzeitiger vorschriftsmäßiger Verminderung der Geschwindigkeit des von ihm geführten Zuges, ein Zusammenstoß hätte vermieden werden können.

Die Abänderung des Tarifs für Kraftdroschken mit Fahrpreisangeiger.

Mit Zustimmung des Stadtrats Karlsruhe und Vollziehbarkeitsklärung des Herrn Landeskommissärs Karlsruhe vom 13. Januar 1925 wird hiermit gemäß §§ 37 und 76 der Verw.-Ord., §§ 61 und 114 B.S.O. hierzu und § 134a des Pol.-Str.G.B. unter Aufhebung des mit Ortspol. Vorschrift vom 8. September 1915 festgesetzten Tarifs für Kraftdroschken (Anhang zur Droschkenordnung der Stadt Karlsruhe vom 15. Juni 1908) Art. B folgende

Dienstpfechtliche Vorschrift

erlassen:
Für Benutzung der zum öffentlichen Fahrdienst zugelassenen Kraftdroschken werden folgende Fahrpreise festgesetzt:

Taxe 1 rotes Feld	Taxe 2 schwarzes Feld	Taxe 3 blaues Feld
Bis 300 m Begleitstrede M. 0.80 ferner je 150 m Begleitstrede M. 0.10 Es kostet der 1. km M. 1.30 jeder weitere km M. 0.66	Bis 250 m Begleitstrede M. 0.80 ferner je 125 m Begleitstrede M. 0.10 Es kostet der 1. km M. 1.40 jeder weitere km M. 0.80	Bis 200 m Begleitstrede M. 0.80 ferner je 100 m Begleitstrede M. 0.10 Es kostet der 1. km M. 1.70 jeder weitere km M. 1.—
Mindeittage für jede angefangene Fahrt M. 2.—		
Bestell- oder Vorfahrtgebühr bei Tag und Nacht	1-2 Personen bei Tage	3-5 Personen bei Tage 1-5 Personen bei Nacht
Nachtzeit im Sommer vom 16. April bis 15. Oktober 9-6 Uhr. Nachtzeit im Winter vom 16. Oktober bis 15. April 8-7 Uhr.		
Wartezeit bei Tag und Nacht für alle drei Taxen vor Beginn der Fahrt bis 4 Minuten M. 0.80, im übrigen je 2 Minuten M. 0.10.		
Für leere Rückfahrten aus den Vororten Daxlanden, Grünwinkel, Mühlheim, Müppert, von dem Stadttell Mühlburg westlich der Handelsstraße, sowie aus dem Bannwaldgebiet südwestlich der Alb und von dem Schloßhaus wird die Hälfte des Fahrpreises für die Einfahrt berechnet.		
Handgepäck und sonstige kleine leicht tragbare Gegenstände sind frei, für größere Gepäckstücke und Hunde ist M. 0.40 pro Stück zu berechnen.		
Beförderung von Gepäck nach und von der Wohnung zum Fahrzeug wird besonders berechnet.		
Fahrten über die Vororte hinaus nach Vereinbarung mit den Fahrgeäten.		
Die Vorschrift tritt sofort in Kraft. D. 3. 5 Karlsruhe, den 19. Januar 1925.		

Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion A.

D3. Cannstatt, 27. Jan. Die älteste Mitbürgerin unserer Stadt, Frau Marie Herrigel, feierte heute ihren hundertsten Geburtstag. Von den 12 Kindern, die ihrer Ehe mit dem Schullehrer Fr. Herrigel entpflossen sind, leben nur noch fünf, 13 Enkel und 20 Urenkel umgeben die patriarchalische Greisin. Auch eine Schwester lebt noch von ihr in Pforzheim, die über 90 Jahre alt ist. Geistig ist die Hundertjährige noch sehr rege.

D3. Stuttgart, 23. Jan. Am Donnerstag abend fand im Dinkelsaferaal eine von ca. 1200 Personen besuchte Versammlung der Kommunisten statt. Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein Zug, der sich durch die Altstadt bewegte. Da Verdacht bestand, daß eine Demonstration vor dem Justizgebäude geplant sei und Umzüge verboten waren, wurde die Schutzmannschaft eingesetzt. Zu einem Eingreifen kam es indes nicht, da die Demonstranten beim Anblick der Schutzleute sofort auseinander gingen. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Verhaftungen sind nicht erfolgt.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	27. Jan.	28. Jan.
Amsterdam 100 G.	169.19	169.61
Kopenhagen 100 Kr.	74.99	75.17
Italien . . . 100 L.	17.39	17.43
London . . . 1 Pfd.	20.11	20.16
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.63	22.69
Schweiz . . . 100 Fr.	80.98	81.18
Wien 100 000 Kr.	5.90	5.92
Prag . . . 100 Kr.	12.46	12.50

Umsatz über 100 Prozent

Verschiedenes

Die Ueberrfälle auf Bergdoll

in Eberbach werden in Erinnerung gerufen durch ein Telegramm, wonach der Gefährte Bergdolls, der Kraftwagenführer Eugen Stader, auf der Flucht in den Vereinigten Staaten in Philadelphia ergriffen worden ist. Bergdoll war bekanntlich während des Weltkrieges desertiert, da er nicht gegen Deutschland kämpfen wollte. Seine Flucht nach Deutschland gelang und er ließ sich in Eberbach nieder. Dort wurde zweimal von Amerikanern verhaftet, seiner Habhaft zu werden, da auf seine Ergriffung von den amerikanischen Behörden eine hohe Belohnung ausgesetzt war. Beide Male mißlang der Versuch und im Dezember 1923 fand vor dem Mosbacher Gericht der Prozeß gegen die Amerikaner und ihre Helfer statt, die dann auch verurteilt wurden. Die Strafe wurde ihnen dann später erlassen und es fand ein Austausch statt.

Der erste Schnee in Berlin.

DD. Berlin, 27. Jan. In Berlin ist heute früh 10,45 Uhr erstmals leichter Schneefall eingetreten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Das amerikanische Konsulat in Stuttgart
Der zum Vizekonsul bei dem Konsulate der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herr Howard G. Kauler wird zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden hiermit zugelassen.
Karlsruhe, den 15. Januar 1925.
Badisches Staatsministerium
Dr. Hellpach

Badisches Landestheater
Mittwoch, 28. Januar. 7 b. g. 1/2, 10 Uhr. M. 4.50. D 14. Th.-Gem. 3001-3400.
Lieb frauenmilch.

Maul- und Klauenseuche betr.
Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Eöllingen ist erloschen.
Karlsruhe, den 23. Januar 1925.
Bezirksamt Abt. 11 b.

Drucksachenvergebung.
Der Druck des Jahresberichts des Badischen Gewerbeaufsichtsamts für die Jahre 1923/24 soll vergeben werden. Die Auflage beträgt 750 Stück (680 mit Papier, für 170 Stück wird das Papier geliefert). Druck, Format und Papier soll wie in dem vorhergehenden Jahre gleich sein. 3.200
Angebote müssen in einzelnen die Beträge — getrennt nach Satz, Druck und Papier — für je einen Druckbogen (16 Seiten) Text und Tabellen für Umschlag, Buchbinderarbeit und schließlich den Gesamtbeitrag für ein fertiges Exemplar und die ganze Auflage enthalten.
Die Lieferfrist beträgt vom Tage des Zuschlags an 4 Wochen. Der letzte Jahresbericht (1923) kann auf dem Bezirksamt eingesehen werden.
Angebote sind bis 20. Februar 1925 hierher einzureichen.
Karlsruhe, den 26. Januar 1925.
Badisches Gewerbeaufsichtsamtsamt — Schloßplatz 20, Engler.

Grubenholzverkauf.
Bad. Forstamt Schwetzingen verkauft freihändig folgendes unrentierendes Forstgrubenholz:
825,5 Ster 2,50 Meter lang über 13 Zentimeter Papp.
282,5 Ster 1,85 Meter lang über 10 bis 14 Zentimeter Papp.
98,5 Ster 1,55 Meter lang über 9 bis 13 Zentimeter Papp.
510,5 Ster 1,25 Meter lang über 5 bis 9 Zentimeter Papp.
3.185 in 21 Rosen. Angebote in Reichsmark je Ster bis zum 30. Jan. 1925, nachmittags 4 Uhr, erbeten.
Die Abgabe eines Gebotes gilt als Annahmevertrag für die Verkäufe aus bad. Staatswaldungen

Direktor K. Breitenstein
Hauptstr. 75 DURLACH Telefon 189
Berater Ingenieur
Sachverständiger für elektrische Anlagen jeder Art und Größe
Anerkannte Revisionsstelle der in Deutschland ansässigen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften D. 925

Bekanntmachung
Die Vereinigung der abgeordneten Gemarlung Weiler mit der Gemeinde Stühlingen. Der zwischen der abgeordneten Gemarlung Weiler und der Gemeinde Stühlingen, Amtsbezirk Waldshut, abgeschlossene Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarlung mit der Gemeinde Stühlingen mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.
Karlsruhe, den 16. Januar 1925.
Der Minister des Innern
Kemmle

Staatsprüfung im Ingenieurbaufach im Späthjahr 1924.
Die nachgenannten Regierungsbauingenieure sind als in der Staatsprüfung im Ingenieurbaufach bestanden erklärt und zu Regierungsbauingenieuren ernannt worden:
Karl Grein aus Mondfeld, Arthur Kömmlein aus Karlsruhe, Albrecht Lames aus Mannheim, Willi Maßl aus Pflippsburg, Gustav Schneider aus Mannheim, Friedrich Stöber aus Karlsruhe, Erich Wöner aus Freiburg.
Karlsruhe, den 12. Januar 1925.
Der Minister der Finanzen
Dr. Köhler.

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen.
Der Beginn der nächsten Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen ist auf
Montag, den 16. Februar 1925
festgesetzt.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis 2. Februar d. J. mit den vorgeschriebenen Belegen beim Finanzministerium einzureichen.
Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, daß für den Nachweis der praktischen Ausbildung allgemein gehaltene Zeugnisse nicht genügen, daß vielmehr genau angegeben sein muß, welcher Art die Beschäftigung in den einzelnen Stellen war.
Karlsruhe, den 16. Januar 1925.
Der Minister der Finanzen
J. B.: Sammet

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik.
Der Beginn der nächsten Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik ist auf
Montag, den 16. Februar 1925
festgesetzt.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis 2. Februar 1925 mit den vorgeschriebenen Belegen beim Zentralbüro der Reichsbahnverwaltung Karlsruhe, Friedrichsplatz 26, einzureichen.
Karlsruhe, den 16. Januar 1925.
Der Minister der Finanzen
J. B.: Sammet

Verstorben:
Oberrechnungsrat a. D. Winkler.
Rechnungsrat a. D. Oskar Stöckle, zuletzt bei der Rath. Stiftungsverwaltung in Freiburg.
Polizeisekretär Franz Rues in Mannheim.

Geschäftliches
3000 Zeitungen berichten, daß die Silbtrick-Parlur auch in bergweirten Fällen von Haarzwang und außerordentlich leicht. Verlangen Sie sofort kostenlos und portofrei vom Silbtrick-Vertrieb G. m. b. H., Berlin S. W. 189a, Alexanderstraße 26, die Silbtrick-Schriften nebst Gratisprobe Silbtrick-Schampoo zur schmerzlos beseitigenden Haarpflege.

geltenden Verkaufsbedingungen. Der Mieter bleibt 5 Tage an sein Gebot gebunden. Losversteigerung u. nähere Auskunft durch das Forstamt.

Wasserleitung Hochmimmigen.
Die Gemeinde Hochmimmigen, Station Bad Dürheim, erteilt nach Maßgabe der Verordnung des Finanzministeriums vom 8. Januar 1907 im öffentlichen Angebotsverfahren die Herstellung v. etwa 4300 Meter Rohrgraben und das Liefern und Verlegen von etwa 4400 Meter zweiseitigen Wasserrohren von 100, 80, 60 und 40 Millimeter Lichtweite mit allem Zubehör an Hydranten, Abfließröhren, Abgängen usw. 3.188
Pläne und Bedingungen liegen zur Einsichtnahme beim Kulturbaumeister Donauingenieur auf, wofür auch die erforderlichen Unterlagen erhältlich sind.
Angebote mit entsprechender Aufschrift sind längstens bis Montag, den 9. Februar 1925, vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Tage. Die freie Wahl unter den Bewerber bleibt vorbehalten.
Donauingenieur, den 24. Januar 1925.
Kulturbaumeister.

Jagd im Hartwald zwischen der Straße Kintenheim — Friedrichstal und der nördlichen Regiejagd-grenze (Abt. Binn II 54/23 bis Grabener Allee, Grabener Allee bis Kirchflanal, Kirchflanal bis Grabener Allee bis Randstraße Hagelsfeld-Blankenloch) mit den zugehörigen Ausstadungsflächen u. der abgeordneten Gemarlung Stutensee in 2 Jagdbezirken, welche durch die Straße Leopoldshofen-Blankenloch getrennt werden. Der Bezirk nördlich dieser Straße umfaßt 979 Hektar Wald und 27 Hektar Feld. Der Bezirk südlich dieser Straße 1087 Hektar Wald und 44 Hektar Feld. Pachtbauer: 1. Februar 1925 bis 31. Januar 1931. Die näheren Bedingungen können vormittags v. 10 bis 12 Uhr auf dem Forstamt eingesehen werden. 3.168

Hochwild- und Querhahnjagd.
Das Forstamt Herrenwies in Forbach (Baden) verpachtet am Dienstag, den 10. Februar 1925, nachm. 4 1/2 Uhr, im Hotel Friedrichshof in Forbach die Jagd auf den Gemarlung Herrenwies, Gundsbad und Lehmenwald auf 6 Jahre in 2 Losen und zwar
Los 1. Herrenwies-Schwarzenbach mit 1638 Hektar Wald und 68 Hektar landw. Gelände.
Los 2. Erbersbronn-Gundsbad mit 1892 Hektar Wald und 148 Hektar landw. Gelände.
Die Bedingungen können beim Forstamt eingesehen werden. 3.116

Jagd-Verpachtung.
Das Badische Forstamt Karlsruhe-Forst verpachtet am Mittwoch, den 4. Febr. 1925, vorm. 9 Uhr, auf seinem Geschäftszimmer, Schloßbezirk 16, die